

Wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit – Die Lösung unserer Probleme?

1. Einleitung

Im Dezember 2019 veröffentlicht die damals neue Europäische Kommission um Präsidentin Ursula von der Leyen den Europäischen Grünen Deal. Das Dokument wird von ihr als Europas ‚Mann auf dem Mond‘-Moment gepriesen, soll bis 2050 Klimaneutralität durch einen weitreichenden Umbau der Europäischen Wirtschaft erreichen und so den Wohlstand Europas angesichts der Klimakrise sichern. Im Nachgang wird die Neuausrichtung der Wirtschaft als wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit bezeichnet. Damit knüpft die Europäische Kommission an den Diskurs um Wettbewerbsfähigkeit an, der die Europäische Union (EU) seit Verabschiedung der Lissabon Strategie (2000) prägt. Jedoch gewinnen in der ökonomischen Strategie der Europäischen grünen Transformation auch die Ziele der strategischen Autonomie bzw. Souveränität der Europäischen Wirtschaft an Bedeutung. Dies impliziert einen Wandel auf Ebene der Ideen über Wettbewerbsfähigkeit: Während Wettbewerbsfähigkeit zuvor stark an liberalisierte Märkte gebunden war, suggeriert das Ziel der strategischen Autonomie eine Neubewertung der globalen ökonomischen Beziehungen. Zugleich ist durch die mit der Europäischen grünen Transformation einhergehenden Neuordnung von ökonomischen Strukturen und Machtverhältnissen, das Risiko eines Verlustes der Profitabilität bzw. Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Industrie hoch. Obwohl es zwar im Zuge der Durchsetzung des Europäischen Grünen Deals (EGD) vielfältige Möglichkeiten einer Einflussnahme von organisierten Interessen gibt (Ryner 2021; Bongardt and Torres 2022), werden um die Klimaziele und wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit zu erreichen, alle möglichen Europäischen Kapazitäten mobilisiert: Die Umsetzung wird rechtlich abgesichert (etwa durch ‚Fit for 55‘ oder das Klimagesetz) und durch wirtschafts- und industriepolitische Strategien wie ‚Stepping Up Europe’s 2030 climate ambition‘ verfolgt. Ferner soll das Europäische Semester die Fortschritte der Mitgliedstaaten koordinieren bzw. überwachen. Diese Funktion nimmt das Europäische Semester schon seit der Einführung während Euro-Krise ein (Heimberger et al. 2020; Princen and van Esch 2016). Doch wurden in der Corona-Pandemie die Wirtschaftshilfen – im Gegensatz zur Krisenreaktion im Zuge der Euro-Krise – nicht nur eng an das Europäische (vor allem Next Generation EU) Semester, sondern auch die grüne Transformation gekoppelt (Dupont, Oberthür, and von Homeyer 2020; Eckert 2021; Burns and Tobin 2016; Bongardt and Torres 2022). Dies impliziert eine stärker industriepolitische Ausrichtung des Semesters, während die Vergabe der Gelder an die Durchsetzung der Empfehlungen der Kommission geknüpft wird. Diese doppelte Innovation macht das Europäische Semester zu einem zentralen Instrument für die Implementierung des Grünen Deals und besonders interessanten Analysegegenstand, um ein besseres Verständnis über die Europäische Wirtschafts- oder Industriepolitik nach dem Europäischen Grünen Deal zu erlangen. Einerseits, die weitreichende Neuordnung der Machtverhältnisse und andererseits die Vehemenz, mit der die ökonomische Strategie auf EU-Ebene umgesetzt wird, erhöht die Notwendigkeit sich mit den dem Europäischen Grünen Deal zu Grunde liegenden Ideen und den diese hervorbringenden Machtverhältnissen auseinanderzusetzen. Vor diesem Hintergrund stellen sich folgende Fragen: Was versteht die Europäische Union unter ‚wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit‘ und welche politisch-ideologischen Ideen liegen dem zu Grunde? Wie fließen diese Überlegungen in Europäische Politiken ein bzw. wie wird das Konzept auf empirischer Ebene operationalisiert? Wie verhalten sich die Konzepte Nachhaltigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und

Austerität zueinander? Und ist ‚wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit‘ erreichbar und gesellschaftlich wünschenswert?

Um diese Fragestellungen zu bearbeiten, werde ich zuerst Literatur über den Europäischen Grünen Deal einführen und dann argumentieren, dass die den Politiken des Europäischen Grünen Deals zu Grunde liegenden Ideen einen genaueren Blick verdienen. Im Anschluss werde ich eine eingehende Analyse der Ideen über wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit, sowie ihre Einbettung in die den Europäischen Grünen Deal dominierenden Narrative, durchführen. Die Ideen werden in einem nächsten Schritt in Beziehung zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen gesetzt. Dann wird das Konzept der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit sowie die Bedeutung für eine Reproduktion der Machtverhältnisse auf EU-Ebene diskutiert. Zuletzt werden die zu Grunde liegenden Ideen sowie der transformative Charakter von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit bewertet.

2. Literatur über den Europäischen Grünen Deal

Die Literatur über den Europäischen Grünen Deal beschäftigt sich hauptsächlich mit vier Fragestellungen: (1) den Bedingungen, unter denen der Europäische Grüne Deal entstand, (2) das Design bzw. den Aufbau des Europäischen Grünen Deal, (3) die Auswirkungen der krisenhaften letzten zwei Jahre auf den EGD und (4) die Eignung des EGD, um die anvisierten Zielsetzungen zu erreichen. Im Folgenden werden die zentralen Argumente dieser Literaturstränge vorgestellt und argumentiert, warum ein Blick auf die dem Europäischen Grünen Deal zu Grunde liegenden Ideen einen bereichernden Beitrag zur Debatte liefern kann.

Erstens, werden der steigende zivilgesellschaftliche, wissenschaftliche und politische Druck auf Grund der auch in Europa immer deutlich erkennbareren Auswirkungen der Klimakrise aber auch die sich verändernde ökonomische und geopolitische Weltordnung als Bedingungen unter denen der EGD entstanden ist, genannt (e.g. Lavery and Schmid 2021; Meunier and Nicolaidis 2019; Eckert 2021). In Bezug auf die Weltordnung wird hervorgehoben, dass seit der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008) die amerikanische Hegemonie und der Washington-Konsensus immer mehr in Frage gestellt werden. Die steigende ökonomische Bedeutung von China, anhaltende geopolitische und ökonomische Spannungen mit Russland, der Austritt der USA aus dem Paris-Abkommen (2015) unter Trump und veränderte Produktionsbedingungen tragen zur Dezentralisierung der Weltordnung bzw. zur ‚new global disorder‘ (Lavery and Schmid 2021) bei. Dies soll von Europa eine Neupositionierung auf dem Weltmarkt erfordern. *Zweitens*, zielt der Europäische Grüne Deal auf eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch. In diesem Sinne soll der EGD als umfassende Strategie, die unterschiedlichsten Politikfeldern innere Kohärenz gibt, einen Transformationspfad für die Europäische Wirtschaft einleiten. Dabei wird zugleich betont, dass die Strategie auf bestehenden Europäischen Institutionen bzw. ökonomischen Strategien aufbaut (Lavery and Schmid 2021; Paleari 2022). Entsprechend besteht eine enge Koppelung zwischen Klima-, Energie- und Innovationspolitiken und Bongardt und Torres (2022) bezeichnen den Europäischen Grünen Deal gar als dritten Baustein des wettbewerbsorientierten ökonomischen Modells Europas. *Drittens*, wird die Corona-Pandemie als Moment beschrieben, in dem die Zielsetzungen des Europäischen Grünen Deals in der EU verfestigt und teils gar verstärkt wurden (Eckert 2021; von Homeyer, Oberthür, and Dupont 2022). Demgegenüber, wird die

gegenwärtigen Energiekrise, die sich in den letzten Jahren durch anhaltende Spannungen mit Russland zugespitzt hatte, als Gefahr für die Verwirklichung der Ziele gesehen. Doch für eine endgültige Einschätzung ist es noch zu früh (Ryner 2021; von Homeyer, Oberthür, and Dupont 2022). *Viertens*, wird die Fähigkeit des EGD und der nachfolgenden Strategien (wie ‚Fit for 55‘) diskutiert, die gesetzten Ziele zu erreichen (Eckert 2021; Wolf et al. 2021; Skjærseth 2021). Bei dieser Debatte stehen die anvisierten Ziele der ‚Fairness‘ und ‚Nachhaltigkeit‘ im Vordergrund; so wird etwa kritisiert, dass die konkrete Strategie zur Erreichung der EGD Ziele nur eine Reduktion von 47% vorsieht, jedoch die Zielsetzung von 55% Reduktion von GHG Emissionen in den Raum stellt (Fleming and Mauger 2021). Darüber hinaus wird bezweifelt, dass die geplanten Investitionen genügen, um die Zielsetzungen des EGD unter Einhaltung von sozialer Gerechtigkeit durchzusetzen (Bongardt and Torres 2022; Pianta and Lucchese 2020).

Dieser kurze Literaturüberblick zeigt, dass vordergründig die Institutionen bzw. die Effekte und veränderten Umweltbedingungen, die den Europäischen Grünen Deal und die damit einhergehenden Politikverschiebungen prägen, im Vordergrund stehen. Demgegenüber werden die zu Grunde liegenden Ideen und die Machtverhältnisse, die diese hervorbringen, nicht näher betrachtet. So argumentiert etwa Eckert (2021), dass die Normen des Multilateralismus und liberalen Internationalismus, die lange die EU dominierten, angesichts der jüngsten geopolitischen Entwicklungen hinterfragt werden. Doch werden die neuen Vorstellungen über die Weltwirtschaft und Weltordnung und sich verändernde Machtverhältnisse nicht näher betrachtet. Oder Fleming und Mauger (2021) bezweifeln, dass die im Rahmen des EGD geplanten Investitionen ausreichend hoch sind, um die Zielsetzungen des EGD unter Einhaltung sozialer Gerechtigkeit durchzusetzen- doch werden die Ideen, die diese Unzulänglichkeit bedingen, nicht betrachtet. Auch wird grünes Wachstum bzw. Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum nicht als ein möglicher Transformationspfad, sondern als einziger gangbarer Weg für eine Europäische Transformation dargestellt. Demgegenüber argumentiert dieses Paper, dass es gerade diese zu Grunde liegenden Ideen sind, die Aufmerksamkeit verdienen, weil Ideen ein Feld des Denk- und Machbaren bestimmen und damit politisches Handeln prä-definieren (Foucault 1982; Jäger 2015; Bieler and Morton 2008). In diesem Sinne macht es sich die vorliegende Arbeit zur Aufgabe die Ideen, die dem Europäischen Grünen Deal und wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit zu Grunde liegen, zu analysieren. Darüber hinaus wird deren Übersetzung in konkrete Politiken berücksichtigt, um ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie Denken ein Möglichkeitsfeld für politisches Handeln eröffnet.

3. Methodischer Ansatz und Vorgehen

Zur Beantwortung des zuvor dargelegten Forschungsinteresses werden Elemente der Historisch-Materialistischen Policy Analyse (HMPA) (Brand et al. 2022; Leubolt 2014) und Kritischen Diskursanalyse (KDA) (Fairclough 2013; Jäger 2015; Wodak and Meyer 2001) kombiniert. HMPA konzeptualisiert politische Prozesse und/oder Diskurse als konfliktbehaftete, machtdurchtränkte Auseinandersetzungen zwischen Akteur*innen mit unterschiedlichen Interessen und Ressourcen (Brand et al. 2022). Zur Durchsetzung eines politischen Vorschlags müssen ressourcenstarke Akteur*innen (materielle) Zugeständnisse gegenüber anderen Akteur*innen machen. Dies zeigt sich etwa in Politiken zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit: So stellen Politiken zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die

Kapitalakkumulation der inländischen Industrie sicher, zugleich werden jedoch auch Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten. Ferner wird im politischen Diskurs besonders die Rolle der Wettbewerbsfähigkeit bei der Erzeugung von Arbeitsplätzen und gesellschaftlichem Wohlstand hervorgehoben. Dies verdeutlicht die zentrale Rolle von Diskursen bei der Legitimation und/oder Durchsetzung von politischen Vorschlägen. Folglich ergänzt eine KDA die HMPA gewinnbringend durch einen Blick auf (politische) Diskurse. Diskurse werden im Verständnis der Kritischen Diskursanalyse als ‚Fluss von Wissen durch den Raum‘ und die Zeit (Jäger 2015, 31) bezeichnet. Doch sollen Diskurse zugleich nicht lediglich der Beschreibung von sozialer Realität dienen, sondern auch maßgeblich zur Konstitution von Realität beitragen, indem diese Denk- und Handlungsweisen implizieren. Ferner wird argumentiert, dass gesellschaftliche Machtverhältnisse die Zirkulation von Diskursen regulieren. Beide Ansätze teilen also den starken Fokus auf den produktiven Charakter von Macht.

Aufbauend auf diesen Ansätzen gestaltet sich die Analyse folgendermaßen: Erst wurden die Dokumente *Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum* seit Verabschiedung des Europäischen Grünen Deals (2019) analysiert (also der Jahre 2020, 2021 und 2022) und auf dieser Basis die Vorstellungen der Europäischen Kommission über wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit rekonstruiert. Diese Dokumente wurden ausgewählt, weil in der Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum (2020) erstmals das Konzept der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit eingeführt wurde und argumentiert wird, dass das Europäische Semester ein zentrales Instrument für die Umsetzung dieser Zielsetzung ist. Diese Analyse wurde unter Bezug auf die HMPA in Folge mit einer Analyse der Institutionen, die die Umsetzung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit sicherstellen sollen, ergänzt. Zu diesem Zweck wurden Regulationen auf Europäischer Ebene, aber auch Interessensvertretungen, die hinter der Durchsetzung bestimmter Regulationen stehen, betrachtet.

4. Empirische Analyse

Im folgenden Kapitel wird zuerst die empirische Analyse des Konzepts der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit und politischer Institutionen zur Durchsetzung der Ziele vorgestellt. In Folge werden die Machtverhältnisse, die sich bei der Umstrukturierung der Europäischen Wirtschaft durchsetzen konnten, analysiert.

4.1 Die Konzeptualisierung von Wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit

Der Europäische Grüne Deal (2019) wird als neue Wachstumsstrategie für die EU bezeichnet, mit der auf strukturelle Veränderungen und Herausforderungen (die Klima- und Umweltkrise, technologischer Fortschritt und demographischer Wandel) reagiert wird. Ziel ist es die EU zu einer nachhaltigen, fairen, unabhängigen und wohlhabenden Wirtschaft und Gesellschaft zu machen. Zu diesem Zweck soll die Einhaltung der Europäischen Klimaziele mit Arbeitsplätzen, dem Europäischen Sozialsystem, aber auch dem Erhalt der Europäischen Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sowie der Herstellung von strategischer Autonomie vereinbart werden.

„Die Entwicklung hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell, das durch digitale und umweltfreundliche Technologien ermöglicht wird, kann aus Europa eine Vorreiterin des Wandels machen. Eine Führungsrolle beim Umweltschutz und eine starke, innovative industrielle Basis müssen als zwei Seiten einer Medaille betrachtet werden, durch die der EU im Wettbewerb ein Pioniervorteil entsteht.“ (COM_2019: 4)

Wie aus diesem Zitat aus der Jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum (2020) ersichtlich wird, stellen die digitale und grüne Transformation für die Kommission keine konkurrierenden Zielsetzungen dar, sondern bedingen sich gegenseitig – nachhaltiges Wirtschaften ist demnach ein Wettbewerbsvorteil für die Europäische Industrie, da künftige ökonomische Anforderungen einer ressourcenbegrenzten Wirtschaft vorweggenommen werden. Diese Überlegung sind eng mit der Idee der schöpferischen Zerstörung bei Schumpeter (1912) verknüpft: Durch Innovation soll im Wettbewerb ein Pioniervorteil gegenüber anderen Marktteilnehmer*innen entstehen. Nachhaltigkeit stellt dabei eine Umwelthanforderung dar, die wirtschaftlichem und politischem Handeln externe Einschränkungen auferlegt. Zugleich gewinnt vor dem Hintergrund der steigenden geopolitischen Unsicherheit angesichts der neuen ‚globalen Unordnung‘ (Lavery and Schmid 2021) die Europäische strategische Autonomie in Bezug auf Rohstoffpolitik und die digitale Souveränität in Bezug auf Digitalisierung und Technologie an Bedeutung. Unter dieser Einschränkung soll durch das Verfolgen von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit ‚eine Wirtschaft im Dienste der Menschen geschaffen werden‘ (Europäische Kommission 2019, 5).

Konkret besteht wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit aus vier eng verknüpften Dimensionen: (1) Umwelt, (2) Produktivität, (3) Fairness, und (4) Stabilität. Jene dieser Dimensionen baut auf einem eigenen Narrativ über sozio-ökonomische bzw. geopolitische Herausforderungen auf: (1) Die Bewältigung klima- und umweltbedingter Herausforderungen wird als ‚die entscheidende Aufgabe dieser Generation‘ (Europäische Kommission 2019, 5) bezeichnet. Doch wird zugleich die Chance für grünes Wachstum, eine Modernisierung des Europäischen Kapitalstocks und die Durchführung von strukturellen Reformen, die die Europäische Wettbewerbsfähigkeit erhöhen, hervorgehoben. In diesem Sinne umfasst die grüne Transformation im Wesentlichen einen Ausbau von erneuerbarer Energie und eine Steigerung der Energieeffizienz. Zu diesem Zweck sollen Steuer- und Subventionssysteme Anreize für Unternehmen und Investor*innen setzen und öffentliche Gelder (sowohl auf nationaler als auch auf Europäischer Ebene) mobilisiert werden. (2) Das zukünftige Beschäftigungs- und Wohlstandsniveau soll auf Grund der Bevölkerungsalterung und Ressourcenknappheit durch die Klimakrise maßgeblich von Produktivitätsgewinnen bestimmt werden. Zu diesem Zweck sollen Forschung und Innovation gefördert werden. Besonders die Durchsetzung von einheitlichen ökologischen Normen auf Europäischer und globaler Ebene soll dazu beitragen, dass innovative Produkte und Herstellungsverfahren entwickelt werden, die Energieeffizienz, verbessertes Recycling und nachhaltige Produktion fördern. Ferner soll die Integration des Europäischen Binnenmarkt zum Produktivitätswachstum beitragen, da sich technologischer Fortschritt auf einem liberalisierten Markt mit fairem Wettbewerb schneller verbreitet. Dies soll aber auch ein gutes Unternehmensumfeld erfordern (etwa durch funktionierende Institutionen und Infrastruktur). Zudem sollen Investitionen in Bildung und Kompetenzentwicklung zu Produktivität und Innovation beitragen. In Folge sollen diese unterschiedlichen Formen der Produktivitätsgewinne zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit führen. (3) Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit sollen regionale und soziale Ungleichgewichte in der Klima- und Umweltpolitik berücksichtigt werden. Doch konzentrieren sich Gerechtigkeitsbestrebungen auf Arbeitnehmer*innenrechte, (Chancen-)Gleichheit auf den Arbeitsmarkt und die Förderung von Kompetenzerwerb. Ferner soll regionalen und/oder sozio-ökonomischen Ungleichgewichten etwa durch finanzielle Unterstützung im Zuge des Mechanismus für einen gerechten Übergang oder den Ausbau von Infrastruktur (besonders für Mobilität) entgegengewirkt werden. Letztlich

zielt die ‚soziale‘ Dimension der Transformation also auch auf eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Regionen bzw. Individuen und folgt damit der Rationalität der Leistungsgerechtigkeit/Chancengleichheit. (4) Zur Stabilität der Europäischen Wirtschaft soll langfristig eine Stärkung der Europäischen Wirtschafts-, Fiskal- und Finanzpolitik und kurzfristig die Wahrung von ‚soliden und tragfähigen öffentlichen Finanzen‘ beitragen. Dabei soll auch die Qualität der öffentlichen Finanzen verbessert werden. Auf der Ausgabenseite soll grünes Wachstum durch Investitionen in Bildung, Beschäftigung und grüne Innovation gefördert werden. Auf der Einnahmeseite sollen Steuern den Übergang zu einer grünen Wirtschaft unterstützen und gerechter gestalten. Diese Maßnahmen sollen zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro und damit auch zum Einfluss aber auch der Unabhängigkeit Europas auf dem Weltmarkt beitragen. Dies zementiert die stabilitätsorientierte Fiskalpolitik, die zuvor den Stabilitäts- und Wachstumspakt und das Europäische Semester prägte (Princen and van Esch 2016; Heimberger, Huber, and Kapeller 2020), als festen Bestandteil der Wirtschafts- und Währungsunion.

4.2 Operationalisierung und Implementierung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit

Der Europäische Grüne Deal baut auf vorherigen Europäischen umwelt- und klimapolitischen Rahmenwerken auf (siehe Kapitel 2) und fokussiert entsprechend auf die Bepreisung von CO₂ durch das Europäischen Emissionshandel System (EU-ETS), die Steigerung der Energieeffizienz und den Ausbau erneuerbarer Energie. Das zeigt sich auch im ‚Fit for 55‘ Gesetzespaket zur Erreichung der Klimaziele 2030. Doch wird seit dem EGD verstärkt von der Kommission betont, dass sich Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Klimaziele und der Erreichung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit in unterschiedlichen Ausgangslagen befinden und vor unterschiedlichen Herausforderungen stehen. Nationale Besonderheiten werden schon in der seit 2008 geltenden Lastenteilungsverordnung berücksichtigt, die für Mitgliedstaaten spezifische Zielvorgaben für die jährliche Treibhausgasemissionen Reduktion, die nicht unter das EU-ETS fallen, definiert. Diese Bemühungen wurden mit ‚Fit for 55‘ von 29% auf 40% Emissionsreduktion angehoben und sollen gemeinsam mit dem reformierten EU-ETS (inklusive Verkehr) sowie anderen Reformen klima-bezogener Regulationen der EU für eine Treibhausgasemissionen-Reduktion von 55% bis 2030 sorgen. Somit bildet ‚Fit for 55‘ gewissermaßen den umwelt- und klimapolitischen institutionellen Rahmen, in dem sich Mitgliedstaaten bei der Erreichung der Klimaziele zu bewegen haben. Die konkrete Umsetzung der Zielsetzungen wird mit dem Paket jedoch nicht festgelegt. Hier spielt einerseits der Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa und andererseits das Europäische Semester eine entscheidende Rolle, die sich im Zuge der Corona-Pandemie noch verstärkt hat. Im Folgenden wird die Rolle dieser Instrumente für die Grüne Transformation eingeführt. In Bezug auf den Investitionsplan für ein zukunftsfähiges Europa heißt es:

Im Rahmen des Investitionsplans für ein zukunftsfähiges Europa kann der Europäischen Union eine Katalysatorrolle für private und öffentliche grüne Investitionen zukommen (COM_2019: 6).

Wie aus diesem Zitat ersichtlich wird, werden sowohl öffentliche als auch private Investitionen unterstützt bzw. gelenkt und so Transformationspfade implizit festgeschrieben. In Bezug auf private Investitionen spielen Maßnahmen der Risikominimierung eine entscheidende Rolle; etwa durch die EU-Taxonomie und das Klimagesetz. Zudem sollen Reformen bei Regeln der

öffentlichen Beschaffung die Entwicklung von grünen Märkten fördern. In Bezug auf öffentliche Investitionen sind der Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und InvestEU die wichtigsten Instrumente. Ferner sollen steigende Einnahmen aus dem EU-Emissionshandel und dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, der mit 2026 eingeführt wird, verwendet werden, um Klimaschutzmaßnahmen zu fördern und die Wirtschaft zu modernisieren. Zudem wird, um eine gerechte grüne Transformation sicherzustellen, der Mechanismus für einen gerechten Übergang eingeführt und mit dem Regionalfonds gekoppelt. Dieses Instrument soll dazu dienen Regionen, in der grünen Transformation vor besonderen Herausforderungen stehen, gesondert zu unterstützen. Im Zuge der Covid-19 Pandemie werden die Gelder, die einer grünen Transformation zur Verfügung stehen, aber auch Europäischem Wachstum und Beschäftigung fördern sollen, besonders durch Next Generation EU erhöht. Insgesamt sollen 30% der gesamten Gelder für die grüne Transformation ausgegeben werden. Bemerkenswert an diesem neuen Programm ist, dass es über gemeinsame Europäische Schulden finanziert ist, die noch wenige Jahre zuvor im Zuge der Euro-Krise vehement von einigen wichtigen Mitgliedsstaaten (etwa Deutschland) abgelehnt wurden¹. Zugleich soll die Neuausrichtung des Europäischen Semesters durch die Jährliche Strategie für nachhaltiges Wachstum und die Länderberichte, in denen sich ein Kapitel der ökologischen Nachhaltigkeit widmet und die Fortschritte der Mitgliedsstaaten anhand der Eurostat SDG-Indikatoren bewertet werden, einzelstaatliches Handeln bei der Erreichung der Nachhaltigkeitsziele koordinieren. Dadurch sollen auf nationaler Ebene Synergien zwischen umwelt-, sozial-, und wirtschaftspolitische Maßnahmen geschaffen und Kompromisse gefunden werden. Dies stärkt das Europäische Semester als Instrument der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. Angesichts der Covid-19 Pandemie soll die Aufbau- und Resilienzfähigkeit durch die Vergabe von EU-Geldern an Mitgliedstaaten die wirtschaftliche Erholung, soziale Kohäsion sowie die grüne Transformation Europas fördern. Um diese Gelder zu erhalten, müssen die Mitgliedstaaten im Rahmen des Europäischen Semesters Aufbau und Resilienz-Pläne vorlegen, in denen Transformationsmaßnahmen ausgeführt werden. Die Europäische Kommission kann bei diesen Vorschlägen ‚nachbessern‘ und durch die finanziellen Zuwendungen wird ein starker Anreiz gesetzt, die Vorschläge der Kommission umzusetzen. Dies transformiert die Rolle der Europäischen Kommission als Durchsetzerin von Reformen während der Euro-Krise zu einer aktiven Förderin von Industrie-Strategie (Schmidt 2021).

4.3 Rekonfiguration oder Reproduktion von Machtverhältnissen auf EU-Ebene?

Der Europäische Grüne Deal und die damit anvisierten strukturellen Reformen für eine grüne Transformation fordern gesellschaftliche und ökonomische Machtverhältnisse heraus. Folglich ist eine Betrachtung der sich neu konfigurierenden bzw. sich verfestigenden Machtverhältnisse auf Europäischer Ebene wichtig, um den Transformationsprozess als Ganzes einschätzen zu können. Zu diesem Zweck wird mit Rückgriff auf HMPA die Rolle der umgesetzten Politiken in Bezug auf den Erhalt bzw. die Herausforderung von Machtverhältnissen analysiert. Die Rekonfiguration bzw. Reproduktion von Machtverhältnissen zeigt sich in vier Bereichen: In (1) der Risikominimierung von grünen Investitionen, (2) dem Just Transition Mechanismus (3)

¹ In diesem Sinne wird auch die Andersartigkeit der Corona-Pandemie im Vergleich zur Euro-Krise etwa in der Jährlichen Wachstumsstrategie für nachhaltiges Wachstum (2021) hervorgehoben (S. 5).

Marktzutrittsbarrieren (CO₂-Grenzausgleichssystem) zum Binnenmarkt und (4) der Industriepolitik zur Erhöhung der ‚digitalen Souveränität‘ bzw. ‚grünen Transformation‘.

Erstens, bei der Minimierung von Investitionsrisiken spielen besonders das Europäische Klimagesetz (2021) sowie die EU-Taxonomie (Verordnung 2019/2088) eine entscheidende Rolle. Das Europäische Klimagesetz schreibt die Zielsetzung Klimaneutralität bis 2050 zu erreichen legal fest. Die EU-Taxonomie klassifiziert in sehr kleinteiliger Weise unterschiedliche Wirtschaftsbereiche und wirtschaftlicher Prozesse nach ihrem Beitrag zur grünen Transformation. Besonders auffällig und viel diskutiert war die Einstufung von Erdgas und Atomstrom als Brückentechnologie. Dies spiegelt die Europäische Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wider, und weist zugleich auf Interessen Frankreich als weltweiten Führer in Atomstrom (über 70% des französischen Stroms stammen aus Atomkraft).

Zweitens, der Mechanismus für einen gerechten Übergang und besonders der Fonds für einen gerechten Übergang (Verordnung 2021/1056) soll strukturelle Ungleichheiten zwischen unterschiedlichen Regionen in der EU reduzieren und somit für einen sozialen Ausgleich während der grünen Transformation sorgen. Die Verteilung ergibt sich aus der Abhängigkeit einer bestimmten Region von fossilen Brennstoffen bzw. Von den insgesamt 392 Mrd. € erhält Polen mit 20,00% am meisten. An zweiter Stelle ist Deutschland mit 12,9% und an dritter Stelle Rumänien mit 11,1%. In dieser Verteilung spiegelt sich die polnische und deutsche Abhängigkeit von Kohle wider. Zugleich ist Deutschland jedoch eines der reichsten Mitgliedstaaten. Somit dokumentiert diese Verteilung auch die ausführlich beschriebene Machtposition von Deutschland in der Europäischen Union (Biebricher 2018; Nunn and Beekmans 2015; Schmidt and Thatcher 2013), während m.E. offen bleibt ob der Mechanismus zu Verteilungsgerechtigkeit in der Union beiträgt.

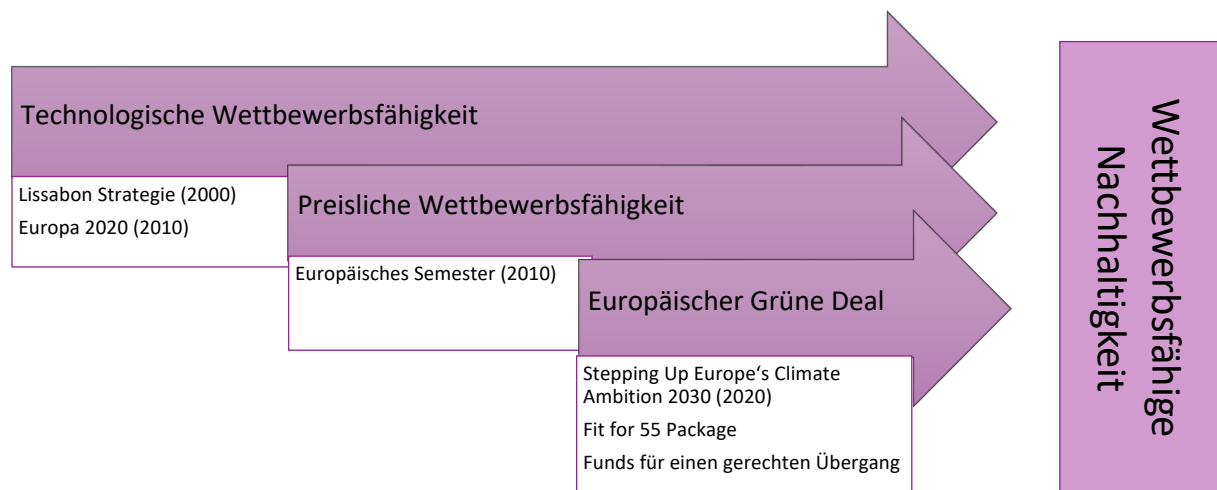
Drittens, wird bei der Durchsetzung des Europäischen Grünen Deals die Bedeutung des European Emission Trading Systems (EU ETS) und des CO₂ Preises hervorgehoben. Um den Transformationsprozess zu beschleunigen, sollen die bisher kostenlosen Emissionszertifikate für energieintensive Industrien abgebaut werden. Um die Preiseffekte abzufedern soll jedoch ein CO₂-Grenzausgleichsmechanismus in energie- und folglich auch emissions-intensiven Sektoren eingeführt werden. Dieses neuartige Instrument erhebt zur Verhinderung von asymmetrischem Wettbewerb am Binnenmarkt, Importzölle in der Höhe der ausgestoßenen Emissionen. Das sichert zwar die Wettbewerbsfähigkeit Europäischer Unternehmen gegenüber Unternehmen aus Drittländern auf dem Binnenmarkt, geht jedoch mit Wettbewerbsfähigkeitsverlusten bei Exporten einher. Besonders für Mitgliedsstaaten mit hohen außer-EU Exportanteilen in energieintensiven Industrien stellt dies eine Gefahr für deren weltweiten Absatz dar. Innerhalb der Europäischen Union ist Deutschland das Land mit dem höchsten außer-EU Exportanteil und zudem fallen die deutschen Exporte in energie-intensive Sektoren (Kraftfahrzeuge, Maschinen und Chemische Erzeugnisse) (Destatis 2017). Die politische Attraktivität des Instruments liegt jedoch einerseits in der Beschleunigung der grünen Transformation, andererseits aber in der Vereinbarkeit mit der WTO. Folglich erscheint der CO₂-Grenzausgleichsmechanismus als eine Art Kompromiss zwischen Vereinbarkeit mit der WTO, Klimazielen und den Interessen der Europäischen Industrie.

Viertens, soll die digitale Souveränität der Europäischen Union erhöht und damit besonders die Abhängigkeit von China in Bezug auf digitale Technologien reduziert werden. 2021 wurden zwischen der EU und China Waren im Gesamtwert von 696 Mrd. € gehandelt. Damit ist China mit 16% des Gesamtvolumens des internationalen Handels der wichtigste Handelspartner der EU. Durch die gezielte Förderung von digitalen Industrien soll diese Abhängigkeit reduziert werden. Dem liegt einerseits ein (geo-) politisches Interesse zu Grunde, da China stetig seine Einflussnahme auf Europa erhöht (etwa durch den Kauf von Land, Unternehmen oder Infrastruktur – Stichwort: ‚neue Seidenstraße‘). Andererseits liegt auch ein ökonomisches Interesse zu Grunde, da digitale Technologien als Zukunftsmarkt betrachtet werden und somit als Möglichkeit das Europäische Wachstum zu erhöhen. Die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen zeigt sich auch in den Partizipationsmöglichkeiten, die Vertreter*innen der Industrie im Zuge der Europäischen Grünen Transformation erhalten. Etwa im Industrie Forum werden ökonomische Interessengruppen direkt in die Entwicklung von Transformationspläne für ihre Sektoren eingebunden.

5. Diskussion und Normative Bewertung: Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Austerität, und Nachhaltigkeit?

Im folgenden Kapitel soll das transformative Potential des Konzepts der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit beleuchtet werden. Wie zuvor ausgeführt baut die Europäische grüne Transformation auf der Rationalität der ökologischen Modernisierung (Brand 2016) auf. Demnach werden politische Ambitionen auf die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch (also eine Effizienzsteigerung) fokussiert. Energie ist dabei ein zentrales Element der politischen Intervention: Einerseits soll die Energieeffizienz und andererseits der Anteil an erneuerbarer Energie gesteigert werden. Eine untergeordnete Rolle spielt die Kreislaufwirtschaft, deren vordergründiges Ziel eine Effizienzsteigerung bei der Ressourcenverwendung ist. Diese Transformationsvorstellungen werden anhand des Konzepts der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit gewissermaßen in den die Europäische ökonomische Strategie dominierenden Diskurs über Wettbewerbsfähigkeit eingewoben. Dementsprechend zeigt sich eine seltsame Kontinuität: Neben der ökologischen und sozialen Dimension werden Produktivität und Stabilität als Faktoren für wettbewerbsfähige Nachhaltigkeit betont. Erstmals mit der Lissabon Strategie (2000) wurde technologische Wettbewerbsfähigkeit zum Ziel der Europäischen ökonomischen Strategie. Damals war das Konzept noch eng an die sogenannte wissensbasierte Wirtschaft geknüpft (Sum and Jessop 2013; Jessop 2006). Zur Durchsetzung der Lissabon-Strategie wird die Offene Methode der Koordination (OMK) eingeführt. Die OMK ermöglicht es der Europäischen Kommission Anpassungsdruck gegenüber Mitgliedsstaaten auszuüben – auch in Bereichen, in denen die Europäische Union keine Kompetenzen hat (etwa Bildungs- oder Innovationspolitik) (Tholoniati 2010). Seit der Wirtschafts- und Finanzkrise (2008) spielt Nachhaltigkeit eine bedeutendere Rolle in Bezug auf technologische Wettbewerbsfähigkeit, die sich in der aktualisierten ökonomischen Strategie der EU, Europa 2020 (2010), abzeichnet. Gleichzeitig wird das Europäische Semester mit einer klaren Ausrichtung auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit eingeführt, womit das Preisniveau und die Lohnkosten zu einem Element politischer Intervention werden (Miró 2021). Das Europäische Semester baut wesentlich auf der OMK auf, doch wird diese zugleich formalisiert, indem durch die Koppelung des Semesters mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt rechtlich verbindliche Elemente eingeführt werden. In den folgenden Jahren, nimmt mit steigenden

geopolitischen Spannungen die Bedeutung von strategischer Autonomie und (digitaler) Souveränität in der Europäischen ökonomischen Strategie zu (Lavery and Schmid 2021; Schmitz and Seidl 2022). Mit dem Europäischen Grünen Deal, dem Ziel der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit und der Ambition Synergien zwischen der digitalen und grünen Transformation zu erzeugen, werden in der Rationalität der ökologischen Modernisierung (Brand 2016), Nachhaltigkeit, strategische Autonomie und technologische Wettbewerbsfähigkeit vollkommen angeglichen. Auch das Europäische Semester soll zur Realisierung von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit beitragen – womit ein interessanter Bruch mit der vorherigen ökonomischen Strategie der Europäischen Union reflektiert wird: Zwar sind Indikatoren, die auf preisliche Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet sind, nach wie vor Teil des Europäischen Semesters, doch zugleich sind die Strategien für nachhaltiges Wachstum der folgenden Jahre stärker auf technologische Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet als auf die makro-ökonomische Stabilität der Eurozone. Dennoch wird zumindest bis zur Corona-Pandemie noch am Stabilität- und Wachstumspakt festgehalten und erst dann (zuerst für einen bestimmten Zeitraum) ausgesetzt um die notwendigen Investitionen tätigen zu können.



Europäische Wettbewerbsfähigkeitsvorstellungen erscheinen also als *kumulativ* – neue Umwelanforderungen werden viel eher addiert als das bestehende Ideen überdacht und sollten die Umstände dies erfordern, ersetzt werden. Zugleich zeigt sich jedoch, dass die Durchsetzung besonders in Bezug auf die Zielsetzung der Stabilität seit der Corona-Pandemie nachlässt: Die Reaktion der Europäischen Union auf die Pandemie war weitaus umfassender als jene auf die Euro-Krise; einerseits wurden weitreichende Hilfspakete (allen voran Next Generation EU) verabschiedet und andererseits wurde der Stabilitäts- und Wachstumspakt suspendiert. Es wurden also während der Corona-Pandemie Investitionen als Anstoß für die grüne Transformation weitreichende vorgenommen, die dem Austeritätskurs der Euro-Krise entgegenstehen. In diesem Sinne wurde die Pandemie auch als ‚critical juncture‘ oder Katalysator für die grüne und digitale Transformation bezeichnet (Dupont, Oberthür, and von Homeyer 2020; Eckert 2021). Zudem wurden für die wirtschaftliche Unterstützung im Zuge der Corona-Pandemie gemeinsame Schulden aufgenommen, während in der Euro-Krise gemeinsame fiskale Verantwortung stark abgelehnt wurde. Dieser wirtschaftspolitische Umschwung liegt sicherlich nicht zuletzt darin begründet, dass die Corona-Pandemie von der Europäischen Union völlig anders gedeutet wurde als die Euro-Krise: Während die Euro-Krise Deutung als

Staatsschuldenkrise die Verantwortung klar bei den verschuldeten Staaten verortete, wurde die Corona-Pandemie und der folgende wirtschaftliche Abschwung als externer Schock betrachtet angesichts dessen die Europäische Union solidarisch zusammenhalten muss.

Doch zeigen sich auch in den neu geschaffenen politischen Institutionen die Persistenz der Machtverhältnisse in der Europäischen Union: So konnten Länder wie Frankreich oder Deutschland, die gut dokumentierte Machtpositionen in der Europäischen Union haben, ihre Interessen durchsetzen. Auch die Dominanz von wirtschaftlichen Interessen gegenüber sozialen und/oder Arbeitnehmer*inneninteressen zeigt sich in der Umsetzung des Europäischen Grünen Deals und den vielfältigen Möglichkeiten, die organisierte wirtschaftliche Interessen erhalten, um Einfluss auf den politischen Prozess zu nehmen (allen voran im Industrie-Forum). Dennoch wurden sogar im Zuge der Corona-Pandemie die klima- und umweltpolitischen Zielsetzungen verstärkt anstatt diese – wie wirtschaftliche Interessensgruppen es forderten – nach hinten zu verschieben. Ebenso wurden spezifische ökonomische Interessen im Zuge der Einführung des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus hintenangestellt (allen voran jene der deutschen exportorientierten Industrie). Dies wirft ein ambivalentes Bild auf ökonomische und damit gewissermaßen auch nationale Interessen im Kontext des Europäischen Grünen Deals.

Letztlich verdeutlicht die vorliegende Analyse, dass die grundlegenden ökonomischen Strukturen der europäischen Wirtschaft auch angesichts der Klimakrise nicht hinterfragt und die damit einhergehende Einschränkung des Denk- und Machbaren nicht reflektiert werden. Stattdessen ist die Europäische grüne Transformation in der Rationalität der ökologischen Modernisierung stark auf Treibhausgasemissionen und Energieeffizienz fokussiert. Wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit liegt also ein schwaches Verständnis von Nachhaltigkeit zu Grunde: Natürliche Ressourcen sollen durch Human- und Sachkapital ersetzt werden, doch steht weiterhin die Wohlstandsmehrung durch Wirtschaftswachstum im Vordergrund. Dies wird ermöglicht, indem Rohstoffe, Boden und Natur durch Human- und Sachkapital substituiert werden. Dieses Denken zeigt sich auch in den dem CO₂-Preis zu Grunde liegenden Annahmen: Natur erscheint vollständig durch Kapital substituierbar, womit die Eigenlogik die Natur aberkannt wird. Ein derartiges Verständnis von Nachhaltigkeit ist - besonders vor dem Hintergrund jüngster Klima-Forschung bzw. Forschung zu Entkoppelung (Schmelzer 2015; 2022; IPCC 2018; Parrique et al. 2019) - zumindest überholt, wenn nicht gar fahrlässig oder gefährlich. Demgegenüber würde ein starkes Verständnis von Nachhaltigkeit den Konflikt zwischen Wachstum und Umwelt hervorheben und dafür plädieren, dass Natur keine beliebig substituierbare Kapitalsorte ist und auch nicht der angenommenen ökonomischen Logik folgt. Folglich ist auch nachhaltiges Wachstum nicht oder nur sehr begrenzt möglich. Ein derartiges Verständnis von Nachhaltigkeit würde sich mit dem Konzept der Wettbewerbsfähigkeit schwer vereinen lassen. Bedingung für die Re-kontextualisierung von Wettbewerbsfähigkeit in den Diskurs um die Europäische grüne Transformation ist also ein schwaches Verständnis von Nachhaltigkeit. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit jedoch dominierte schon die letzten Jahrzehnte den politischen Diskurs – ohne wirkliche Erfolge in der Entschärfung der Klimakrise zu erzielen. Folglich ist auch das transformative Potenzial von wettbewerbsfähiger Nachhaltigkeit als sehr stark limitiert einzuschätzen.

Literature

- Biebricher, Thomas. 2018. *The Political Theory of Neoliberalism*. Currencies. Stanford, California: Stanford University Press.
- Bieler, Andreas, and Adam David Morton. 2008. "The Deficits of Discourse in IPE: Turning Base Metal into Gold?" *International Studies Quarterly* 52 (1).
- Bongardt, Annette, and Francisco Torres. 2022. "The European Green Deal: More than an Exit Strategy to the Pandemic Crisis, a Building Block of a Sustainable European Economic Model*." *JCMS: Journal of Common Market Studies* 60 (1): 170–85. <https://doi.org/10.1111/jcms.13264>.
- Brand, Ulrich. 2016. "Green Economy, Green Capitalism and the Imperial Mode of Living: Limits to a Prominent Strategy, Contours of a Possible New Capitalist Formation." *Fudan Journal of the Humanities and Social Sciences* 9 (1): 107–21. <https://doi.org/10.1007/s40647-015-0095-6>.
- Brand, Ulrich, Mathias Krams, Valerie Lenikus, and Etienne Schneider. 2022. "Contours of Historical-Materialist Policy Analysis." *Critical Policy Studies* 16 (3): 279–96. <https://doi.org/10.1080/19460171.2021.1947864>.
- Burns, Charlotte, and Paul Tobin. 2016. "The Impact of the Economic Crisis on European Union Environmental Policy: Impact of the Economic Crisis." *JCMS: Journal of Common Market Studies* 54 (6): 1485–94. <https://doi.org/10.1111/jcms.12396>.
- Destatis. 2017. "Deutscher Außenhandel."
- Dupont, Claire, Sebastian Oberthür, and Ingmar von Homeyer. 2020. "The Covid-19 Crisis: A Critical Juncture for EU Climate Policy Development?" *Journal of European Integration* 42 (8): 1095–1110. <https://doi.org/10.1080/07036337.2020.1853117>.
- Eckert, Sandra. 2021. "The European Green Deal and the EU's Regulatory Power in Times of Crisis." *JCMS: Journal of Common Market Studies* 59 (S1): 81–91. <https://doi.org/10.1111/jcms.13241>.
- Europäische Kommission. 2019. "Jährliche Strategie Für Nachhaltiges Wachstum 2020."
- Fairclough, Norman. 2013. "Critical Discourse Analysis and Critical Policy Studies." *Critical Policy Studies* 7 (2): 177–97. <https://doi.org/10.1080/19460171.2013.798239>.
- Fleming, Ruven C., and Romain Mauger. 2021. "Green and Just? An Update on the 'European Green Deal.'" *Journal for European Environmental & Planning Law* 18 (1–2): 164–80. <https://doi.org/10.1163/18760104-18010010>.
- Foucault, Michel. 1982. "The Subject and Power." *Critical Inquiry* 8 (4): 777–95.
- Heimberger, Philipp, Jakob Huber, and Jakob Kapeller. 2020. "The Power of Economic Models: The Case of the EU's Fiscal Regulation Framework." *Socio-Economic Review* 18 (2): 337–66. <https://doi.org/10.1093/ser/mwz052>.
- Homeyer, Ingmar von, Sebastian Oberthür, and Claire Dupont. 2022. "Implementing the European Green Deal during the Evolving Energy Crisis." *JCMS: Journal of Common Market Studies*, July, *jcms.13397*. <https://doi.org/10.1111/jcms.13397>.
- IPCC. 2018. "Special Report on the Effects of Global Warming of 1.5 °C."
- Jäger, Siegfried. 2015. *Kritische Diskursanalyse: eine Einführung*. 7., Vollst. überarb. Aufl. Edition DISS, Bd. 3. Münster: Unrast Verl.
- Jessop, Bob. 2006. "State- and Regulation-Theoretical Perspectives on the European Union and the Failure of the Lisbon Agenda." *Competition & Change* 10 (2): 141–61. <https://doi.org/10.1179/102452906X104213>.
- Lavery, Scott, and Davide Schmid. 2021. "European Integration and the New Global Disorder*." *JCMS: Journal of Common Market Studies* 59 (5): 1322–38. <https://doi.org/10.1111/jcms.13184>.
- Leubolt, Bernhard. 2014. "History, Institutions, and Selectivities in Historical-Materialist Policy Analysis: A Sympathetic Critique of Brand's 'State, Context and Correspondence'."

- Austrian Journal of Political Science*, September, 309-318 Seiten.
<https://doi.org/10.15203/OZP.259.VOL43ISS3>.
- Meunier, Sophie, and Kalypso Nicolaidis. 2019. "The Geopoliticization of European Trade and Investment Policy." *JCMS: Journal of Common Market Studies* 57 (S1): 103–13.
<https://doi.org/10.1111/jcms.12932>.
- Miró, Joan. 2021. "In the Name of Competitiveness: A Discursive Institutional Analysis of the EU's Approach to Labour Market Structural Reform, 2007–2016." *Socio-Economic Review* 19 (2): 711–33. <https://doi.org/10.1093/ser/mwz030>.
- Nunn, Alex, and Paul Beeckmans. 2015. "The Political Economy of Competitiveness and Continuous Adjustment in EU Meta-Governance." *International Journal of Public Administration* 38 (12): 926–39. <https://doi.org/10.1080/01900692.2015.1028645>.
- Paleari, Susanna. 2022. "The Impact of the European Green Deal on EU Environmental Policy." *The Journal of Environment & Development* 31 (2): 196–220.
<https://doi.org/10.1177/10704965221082222>.
- Parrique, Timothy, Jonathan Barth, Francois Briens, Christian Kerschner, Anna Kuokkanen, and Joachim Spangenberg. 2019. "Decoupling Debunked - Evidence and Arguments against Green Growth as a Sole Strategy for Sustainability."
- Pianta, Mario, and Matteo Lucchese. 2020. "Rethinking the European Green Deal: An Industrial Policy for a Just Transition in Europe." *Review of Radical Political Economics* 52 (4): 633–41. <https://doi.org/10.1177/0486613420938207>.
- Princen, Sebastiaan, and Femke van Esch. 2016. "Paradigm Formation and Paradigm Change in the EU's Stability and Growth Pact." *European Political Science Review* 8 (3): 355–75.
<https://doi.org/10.1017/S1755773915000089>.
- Ryner, Magnus. 2021. "Passive Revolution/Silent Revolution: Europe's Recovery Plan, the Green Deal, and the German Question." *Helsinki Global Political Economy Working Papers*, no. 5.
- Schmelzer, Matthias. 2015. "The Growth Paradigm: History, Hegemony, and the Contested Making of Economic Growthmanship." *Ecological Economics* 118 (October): 262–71.
<https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2015.07.029>.
- . 2022. "From Luddites to Limits? Towards a Systematization of Growth Critiques in Historical Perspective." *Globalizations*, August, 1–18.
<https://doi.org/10.1080/14747731.2022.2106044>.
- Schmidt, Vivien A. 2021. "European Economic Governance: Past Errors and Future Promises." *Politique Etrangere* 4.
- Schmidt, Vivien A., and Mark Thatcher, eds. 2013. *Resilient Liberalism in Europe's Political Economy*. Contemporary European Politics. Cambridge ; New York: Cambridge University Press.
- Schmitz, Luuk, and Timo Seidl. 2022. "Protecting, Transforming, and Projecting the Single Market. Open Strategic Autonomy and Digital Sovereignty in the EU's Trade and Digital Policies." Preprint. SocArXiv. <https://doi.org/10.31235/osf.io/wjb64>.
- Schumpeter, Joseph A. 1912. *The Theory of Economic Development: An Inquiry into Profits, Capital, Credit, Interest, and the Business Cycle*.
- Skjærseth, Jon Birger. 2021. "Towards a European Green Deal: The Evolution of EU Climate and Energy Policy Mixes." *International Environmental Agreements: Politics, Law and Economics* 21 (1): 25–41. <https://doi.org/10.1007/s10784-021-09529-4>.
- Sum, Ngai-Ling, and Bob Jessop. 2013. "Competitiveness, the Knowledge-Based Economy and Higher Education." *Journal of the Knowledge Economy* 4 (1): 24–44.
<https://doi.org/10.1007/s13132-012-0121-8>.
- Tholoniati, Luc. 2010. "The Career of the Open Method of Coordination: Lessons from a 'Soft' EU Instrument." *West European Politics* 33 (1): 93–117.
<https://doi.org/10.1080/01402380903354122>.

Wodak, Ruth, and Michael Meyer, eds. 2001. *Methods of Critical Discourse Analysis*.
Introducing Qualitative Methods. London ; Thousand Oaks [Calif.]: SAGE.

Wolf, Sarah, Jonas Teitge, Jahel Mielke, Franziska Schütze, and Carlo Jaeger. 2021. “The European Green Deal — More Than Climate Neutrality.” *Intereconomics* 56 (2): 99–107. <https://doi.org/10.1007/s10272-021-0963-z>.